

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 09 86 846 pbbn d



## Inhalt

35. Jahrgang / 230

1. Dezember 1980

Willy Brandt MdB/MdEP,  
SPD-Vorsitzender fragt,  
ob es sich das Nachkriegs-  
Deutschland mit der NS-  
Hypothek zu leicht gemacht  
habe: Neonazis werden  
dreister.

Seite 1-3

Peter Conradi MdB hält die  
Frist zwischen Bundestags-  
wahl und Beginn der Legis-  
laturperiode für zu kurz:  
Cut Ding will Weile haben.

Seite 4

Gert Weißkirchen MdB stellt  
Gedanken über den Fragen-  
komplex Jugend und Gesell-  
schaft an: Das Wort vom  
Ausstieg lenkt ab.

Seite 5-7

Klaus Daubertshäuser MdB  
setzt sich mit den verkehrs-  
politischen Passagen der  
Regierungserklärung aus-  
einander: Verkehrspolitik  
ist nicht Selbstzweck.

Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

### Neonazis werden dreister

Haben wir es uns mit der NS-Hypothek zu leicht gemacht?

Von Willy Brandt MdB/MdEP

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Als der Krieg und mit ihm die NS-Herrschaft zuende gingen, waren sich die meisten in der Hoffnung einig, daß sich die Schrecken der Vergangenheit nicht wiederholen würden. Und bei vielen ging die Abkehr vom Nazismus einher mit dem Willen zur Gestaltung einer neuen, demokratischen Ordnung. Die ist ja dann auch in den Verfassungen der Länder und im Grundgesetz des Bundes verankert worden.

Eine Generation später ist die politische Wirklichkeit unserer Bundesrepublik geprägt durch ein Maß an politischer Stabilität, das in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht für möglich gehalten wurde. Zu Selbstzufriedenheit besteht dennoch kein Anlaß.

Denn zur Kehrseite des rechtsstaatlich-demokratischen Erscheinungsbildes gehören mancherlei Herausforderungen, bis hin zur skrupellosen Gewalttätigkeit. Es gehören dazu demokratiefeindliche Veröffentlichungen bis hin zur empörenden Nazi-propaganda. Das dreister gewordene Auftreten kleiner rechtsradikaler Gruppen ist nicht mehr zu übersehen. Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß werden verbreitet. Und einige, die auf einem Auge politisch blind geworden waren, schienen baß erstaunt über die Bombenattentate mit blutigem Ausgang, in Hamburg und München.

Wenn wir dann aus immer zu relativierenden Umfragen erfahren, daß ein Viertel der befragten Bundesbürger der Aussage zustimmen, der Nationalsozialismus sei eine im Grunde gar nicht so schlechte, sondern nur eine schlecht ausgeführte Idee, und wenn mehr als ein Drittel der über Dreißigjährigen die Annahme gutheißen, Hitler wäre ohne den Krieg einer der größten deutschen Staatsmänner gewesen, dann wirft dies ernste Fragen auf: Hat es sich unser Staat und hat es sich



eine Großzahl der Bürger unseres Landes nicht lange Zeit zu leicht gemacht mit der Bewältigung der auf uns überkommenen Hypotheken? Vielleicht wurde es ihnen auch zu leicht gemacht von denen im Aus- und Inland, die bei der Haltung zu ehemaligen Nazis danach differenzierten, ob man sie "brauchte" oder nicht.

Der Kalte Krieg führte zu bösen Vereinfachungen und zu schrecklichen Verdrängungen der jüngsten Vergangenheit. So kam es, daß bald nach Kriegsende an führender Stelle in unserem Gemeinwesen wieder Leute tätig wurden, die dort nichts zu suchen hatten. Es war gewiß auch kein Ruhmesblatt, daß sich die Justiz viel zu spät und nur zögernd mit der Aufklärung der in Deutschland und durch Deutsche außerhalb unseres Landes begangenen NS-Verbrechen befaßte.

So kann es auch kaum verwundern, daß sich skrupellose Geschäftemacher der Nazizeit annahmen und in einer Fülle von Publikationen die Kriegszeit - die ja vom Nationalsozialismus nicht zu trennen ist - verherrlichten. Mancherorts hat man wahrscheinlich erst zu spät begriffen, wie planvoll hier das Interesse der jungen Menschen für eine bewegte Zeit geweckt wurde, deren Grausamkeiten man ihnen unterschlug. Mit der Folge, daß die Sensibilität für die Gefährlichkeit nazistischer Bestrebungen auf bedrohliche Weise sank und einem erschreckenden Mangel an Geschichts- und richtig verstandenem Nationalbewußtsein Platz machte.

Was Hitler und die Nazis mit Deutschland machten, war nationaler Verrat in mehrfacher Hinsicht. Und dies gilt es den nachwachsenden Generationen zu vermitteln: Wie wurde die Freiheit im eigenen Land mit Füßen getreten! Wie gewissenlos wurde der Name des deutschen Volkes mit dem Fluch der Unmenschlichkeit belastet! Und wie sah das Deutschland aus, das die NS-Größen ihrem geplagten Volk hinterließen!

Menschenfeindlicher Extremismus und Terrorismus lassen sich weder rechts noch links begründen. Sie sind und bleiben verbrecherisch. Und es macht immer wieder betroffen mitzerleben, wie selbstgerecht noch heute einige an der Verharmlosung der extremistischen Gefahren festhalten. Auch wenn es nicht die geringste Gefahr im Innern gäbe, unsere Stellung in Europa und unsere Geltung in der Welt machen es jedenfalls erforderlich, den Strich unter die Nazi-Vergangenheit nicht verwischen zu lassen.

Als ich im Sommer 1977 in einem Schreiben an den Bundeskanzler auf das Anwachsen neofaschistischer Tendenzen hinwies, war die Reaktion zwiespältig: Vorsichtige Zustimmung



bis Reserve bei Anhängern der eigenen Partei, nahezu totale Ablehnung bei der Opposition, die meine Warnung als Übertreibung, als Ablenkungsmanöver oder sogar Schlimmeres bewertete. Es ist gewiß keine Rechthaberei, wenn ich heute feststelle, daß meine Sorgen nicht unbegründet waren. Schließlich kann es niemandem gleichgültig sein, daß ein Teil von Jugendlichen, die den Nationalsozialismus selbst nicht mehr kennengelernt hat, Gefallen findet an seinen Vorstellungen und ihn nachahmt.

Da hilft nicht der Einwand, es seien doch nur wenige. Unabhängig von der Zahl derer, die anfällig sind - und sobald es zum Beispiel um Ausländerfeindlichkeit geht, sind es ja durchaus nicht wenige -, muß gefragt werden: Wie läßt sich eine Entwicklung verhindern, die gekennzeichnet sein würde durch die zunehmende Terrorbereitschaft rechtsextremistischer Gruppierungen. Wie wir dies ja in Ansätzen auch in der europäischen Nachbarschaft beobachten.

Zunächst sind alle vorhandenen Mittel bei der Bekämpfung des Extremismus, aus welcher Ecke auch immer, konsequent einzusetzen. Die Strafgesetze müssen kompromißlos angewendet werden. Dort, wo es Lücken gibt, sind sie zu schließen. Für die Regierungskoalition in Bonn ist, bezogen auf das Verbreitungsverbot für nazistische Propaganda, ein eindeutiger Beschluß gefaßt worden. Besondere Bedeutung kommt auch dem Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit zu.

Strafrechtliche Maßnahmen können aber immer nur ein letztes Mittel sein. Im Vordergrund hat Aufklärung zu stehen, in diesem Fall über die Ideologie der nazistischen Menschenfeindlichkeit und über die nicht wieder gutzumachenden Verbrechen. Die Landes- und Bundeseinrichtungen für die politische Bildung und die Medien sind hier mit unterschiedlichem Eifer tätig gewesen. Doch hat die Holocaust-Erfahrung gezeigt, daß wahrscheinlich der richtige Zugang zu den jungen Menschen bislang nicht gefunden wurde. Anders ist es kaum zu erklären, daß ein vergleichsweise einfach gemachter Film auf Anhieb ein so nachhaltiges Echo auslöste. Daß die hierdurch angestoßene Diskussion zum Thema Menschenwürde schnell wieder verebbt ist, darf für sich noch nicht enttäuschen.

Erziehungsarbeit kann sich nicht auf die Medien beschränken. Neben den Schulen sind vor allem die Elternhäuser gefordert, wobei ich mir der Schwierigkeiten durchaus bewußt bin. Wie kann man von heute jüngeren Eltern Aufklärung erwarten über eine Vergangenheit, die nicht mehr ihre eigene ist und die ihnen zumeist selbst unterschlagen wurde? Aber nur, wenn auch und gerade sie bereit sind zur Auseinandersetzung mit dem dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte, nur dann kann im Bewußtsein der jetzt nachfolgenden Generation der Wert von Freiheit und Demokratie und ihrer Institutionen fest verankert werden.

(Dieser Beitrag Willy Brandts erscheint in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift "Tribüne")

(-/1.12.1980/ks/ca)  
Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Gut Ding will Weile haben  
-----

Die Frist zwischen Bundestagswahl und Beginn der neuen Legislaturperiode ist zu kurz

Von Peter Conradi MdB

Stellvertretendes Mitglied des Bundestagsinnenausschusses

Für den schwachen Start der Koalition nach dem 5. Oktober haben die Kommentatoren viele Gründe dargelegt. Eine Ursache blieb unerwähnt: Die Änderung des Artikel 39 GG. Mit dieser Änderung wurde die Frist zwischen der Neuwahl des Bundestages und seinem ersten Zusammentreten auf maximal 30 Tage reduziert. Früher konnte diese Frist zwischen 30 Tagen und drei Monaten betragen. 30 Tage für die Bestandsaufnahme nach der Wahl, für die Vorbereitung von Koalitionsverhandlungen und die für Konstitution der Fraktionen - das ist einfach zu kurz. Die Wochen vor dem Wahltag waren für die führenden Köpfe der Parteien und für die Mitglieder der Bundesregierung eine arge Strapaze.

Kaum war die Wahl vorüber, ging es in Bonn wieder los. Den meisten blieb gerade eine Woche Urlaub; der Kanzler arbeitete sogar während seines "Kurzurlaubs" in Boppard am Regierungsprogramm der kommenden Jahre. Das Ergebnis: eine erschöpfte, ausgelaugte Mannschaft ging in die neue Runde. Herbert Wehner klagte über fehlenden Schlaf, Willy Brandt entzog sich den Nachtsitzungen und Helmut Schmidt ließ im Umgang mit der Fraktion das Maß seiner Erschöpfung erkennen. Unter solchem Zeitdruck, ohne Atemholen und Nachdenken kommt nichts Gescheites zustande.

Die Legislaturperiode des 7. Deutschen Bundestages endete vier Jahre nach seinem ersten Zusammentreten (13. Dezember 1972/13. Dezember 1976), der 8. Bundestag mußte im letzten Quartal dieser Legislaturperiode, also nach dem 3. September 1976 gewählt werden - die Wahl fand am 3. Oktober 1976 statt. Zwischen der Wahl und dem ersten Zusammentreten am 14. Dezember 1976 lagen zehn Wochen. Der 7. Bundestag hat jedoch kurz vor Ende seiner Legislaturperiode den Artikel 38 GG dahin geändert, daß die Neuwahl des Bundestages frühestens 45 Monate, spätestens 47 Monate nach dem ersten Zusammentreten des vorhergehenden Bundestages stattfinden muß, und daß mit dem Zusammentreten des neugewählten Bundestages 30 Tage nach der Wahl die vorangegangene Legislaturperiode endet. Diese Neuregelung galt aber erst für den 8. Bundestag. Gewählt wurde am 5. Oktober 1980, der neue Bundestag trat am 4. November 1980, 30 Tage später zusammen.

Anlaß für diese Änderung war die Befürchtung, bei einer längeren Frist zwischen Neuwahl und Zusammentreten könnte der alte, noch amtierende Bundestag möglicherweise mit seinen Mehrheiten Gesetze gegen den Willen der Mehrheit des neugewählten, noch nicht amtierenden Bundestages verabschieden.

Ein eigenartiges Demokratieverständnis, ein peinliches Mißtrauen. In den USA wird der Präsident am ersten Dienstag des November gewählt und Mitte Januar vereidigt; dazwischen liegen zwölf Wochen, und niemand kann sich vorstellen, daß bei einem Machtwechsel der scheidende Präsident sein Amt mißbrauchen würde. Auch in unserem Land sollten wir dieses Vertrauen zueinander haben und einem neuen Parlament, einer neuen Regierung ausreichende Zeit für den Anfang geben. Der Republik würde es nicht schaden, sondern gut tun, wenn ausgeruhte und gelassene Politiker eine neue Legislaturperiode beginnen. Vielleicht gibt sich im 9. Bundestag die Möglichkeit, die unsinnige 30-Tage-Regelung aufzulockern.  
(-/1.12.1980/bgy/ca)

+ . . . + . . . +



Das Wort vom Ausstieg lenkt ab  
-----

Für welche Zukunft wollen wir die Jugend gewinnen

Von Gert Weißkirchen MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft

"Abtötungsverfahren", so nennt Günter Kunert seinen eben erschienenen Lyrik-Band. Seine Gedichte beschreiben Gefühle der Ohnmacht. Spuren der Hoffnung werden getilgt, geräuschlos eher und beinahe aus der Distanz beobachtet. An einer Stelle findet ich die Zeilen:

Die Zukunft  
eine ferne Ruine am Horizont  
unbewohnbar  
zwischen uns allen Asche  
Vielleicht fliegt einmal noch  
ein Funke  
aber nicht größer  
als dies Gedicht.

Günter Kunerts Band ist bereits in der zweiten Auflage vergriffen. Seine Arbeiten sind ein Symptom. Seine Botschaft ist: Glaub nicht daran, daß sich etwas ändert.

Warum ich diesen Autor zitiere? Er bringt die Stimmungen vieler - zumal junger Menschen - zur Sprache. Sich hineinzufühlen in ihre Angst, sie in ihren Beklemmungen, vor dem, was einmal sein kann, nicht allein zu lassen, teilzunehmen an dem, was sie bewegt - das ist ein möglicher Versuch der Annäherung. Mir scheint er mehr zu leisten, als nur über die Jugend nur zu reden.

Worüber ich reden will, ist mehr als ein Konflikt zwischen Generationen. Verhärtungen, ja Gleichgültigkeit und manchmal Abwehr gegen Politik - wer das auflockern will, der darf nicht nur den Spiegel anderen vorhalten, der muß auch bereit sein, selbst hinein-zublicken.

Für welche Zukunft wollen wir die Jugend gewinnen? Für die Freiheit, auf unseren Autobahnen auch weiter mit 180 Stundenkilometern dahinzujagen? Für die Freiheit, mit 35 Fernsehprogrammen angeschlossen zu werden an die Verkaufsstrategien großer Konzerne? Wie sollen wir die Jugend dafür gewinnen, daß wir erst aufrüsten, um danach erst abrüsten zu können? Wie geblendet müssen wir schon sein, wenn wir nicht mehr vor uns selbst erschrecken können? Ist es denn nicht so, daß auch wir Angst haben vor einer Zukunft, die nichts lernt aus den Fehlern der Vergangenheit? Warum sagen wir nicht: Die beschleunigte Aufrüstung ist ein Verbrechen an der Menschheit. Warum sagen wir nicht: Die atemberaubende Weiterentwicklung der Atomwaffen bringt uns nur den Schein einer trügerischen militärischen Sicherheit. Wir wissen doch: Es ist auch unser Verrat an den Kindern, die am heutigen Tag sterben mußten, weil sie nichts zu essen hatten.

Ich bin stolz auf die jungen Menschen, die dies empört. So haben Hunderte von evangelischen und katholischen Christen in Essen eine Erklärung zum 8. Mai 1980 unterzeichnet, die mit den Worten endet:



"Frieden ist nur möglich, wenn wir lernen, mit anderen zu teilen. Jesus Christus sagt uns, daß diejenigen, die Frieden stiften, dabei nicht ärmer, sondern glücklicher werden."

Die Sehnsucht nach Frieden wird zu einer breiten Volksbewegung werden, das sehe ich, und das hoffe ich auch. Die Erkenntnis wird wachsen, daß der Druck von unten stark sein muß, um die Gefahr der atomaren Selbstvernichtung abzuwenden. Die Menschen möchten ihre eigene Sache selbst in die Hand nehmen.

Die eigene Sache selbst in die Hand nehmen - ist das nicht auch die Triebfeder für die neuen Suchbewegungen vorwiegend junger Menschen? Das Wort vom "Ausstieg" lenkt ab, grenzt aus, vermeldet allenfalls die Tatsache, daß jemand nicht mehr mitmacht wie bisher. Unter der Glätte dieses Begriffes verbirgt sich eine Erschütterung. Die Frage nach dem Sinn des Lebens ist anders beantwortet worden. Nähe zu spüren und Wärme, aufrichtig zu sein und spontan. Arbeiten, Lernen, Helfen in einen Lebenszusammenhang zu bringen, gemeinsam mit anderen, fähig zu sein, Leid mitzufühlen.

Mir scheint, diese neue Bewegung erklärt der Mehrheitsgesellschaft nicht den Kampf, sondern entzieht ihr einfach das Vertrauen. Sie sucht sich Zwischenräume, sei es in Großorganisationen, sei es in Nischen der Gesellschaft oder an ihren Rändern. Sei es dort, wo andere sich zurückgezogen haben. Was auseinandergefallen ist durch die Entwicklung der großen Industrie, soll wieder zusammengefügt werden, und sei es nur auf der Bühne der Emotion. Robinson Crusoes großer Auftritt wird sehnsüchtig erwartet, um die innere Kolonialisierung des gesellschaftlichen Lebens von unten aufzubrechen. Der Ausgang ist offen. Noch ist uns eine große Chance gegeben, zu entdecken, was an ethischer und sozialer Phantasie in diesem Prozeß schlummert. Einiges hat sich schon zu erkennen gegeben.

Wir sollten auf das Neue zugehen. Manches kehrt in unsere Erinnerung zurück: Zum Beispiel der Beginn der Arbeiterbewegung, als die Stärkeren den Schwächeren halfen. Die Erfahrungen der Solidarität sind in unserer eigenen Organisation aufbewahrt. Diese Erfahrung brauchen wir nicht bei uns behalten, einzuschließen, wir sollten sie mitteilen. Zum Beispiel werden einige erinnert an die Jugendbewegung. Forderten nicht Hunderttausende 1913 auf den Hohen Meißner ein Leben nach eigener Bestimmung? Wehrte sich die Jugend damals auch nicht gegen den drohenden Erstickungstod? Oder: Erinnert uns nicht die Alternative an die mächtige Reformbewegung der Weimarer Zeit, auch an Wilhelm Paulsen in Hamburg oder Kurt Löwenstein in Berlin? Darin sehe ich die Chance, daß wir die dünne Luft verlassen können in den Bastionen, die von außen oft glänzend oder kalt angestrahlt werden, und daß die, die sich von uns abwenden, auch unsere Not sehen. Die Liberalität unserer Demokratie verlangt, glaube ich, daß Wertkonflikte in der Gesellschaft sich selbst entfalten müssen. Einen solchen Wandel erleben wir jetzt.

Wir sind vom Volk abgeordnet für begrenzte Zeit. Es stünde uns nicht an, und es würde auch von uns zu viel abverlangt, wenn wir diese Wertkonflikte entscheiden müßten. Und doch, glaube ich, wir hätten die Aufgabe, dem Willen nach Unmittelbarkeit mehr als nur Respekt entgegenzubringen. Die innere Konsequenz der Demokratie ist, aufrecht gehen zu lernen. In der neuen Suchbewegung ist vieles davon zu spüren.

Entspricht das nicht einem Kerngedanken des demokratischen Sozialismus, sich gemeinsam mit anderen von unwürdiger Abhängigkeit zu befreien? Sollte das nicht zu einem offenen Dialog führen können? Haben wir nicht allzu lange diesen Dialog vor uns hergeschoben? Warum haben wir uns bisher verweigert, unsere Erfahrungen, Hoffnungen und Ziele, aber



auch unsere Niederlagen offenzulegen? Bleiben wir so nicht unerkennbar, verschanzt in unseren Gräben? Wir alle haben es nötig, die Phase der Erstarrung zu beenden. Wenn aber das Aufeinanderzugehen zu einer Erneuerung führen soll, dann darf nicht stehengeblieben werden beim Aufrechnen von Schuld. Dann wird es zunächst darum gehen, ein Klima zu schaffen ohne Angst vor dem Aussprechen der eigenen Meinung. Es muß uns doch erschrecken, daß in der Folge des Extremistenbeschlusses der persönliche der eigenen Schere im Kopf zum Opfer fällt. Das ist doch die wirkliche Schweigespirale; jeder dritte junge Mensch leidet darunter.

Ich habe Angst vor einer Gesellschaft, die die angepaßten Ja-Sager aufsteigen läßt und sich vor ihren unbequemen Mahnern abriegelt. Und es wird auch darum gehen, sich neu zu stellen dem wachsenden Willen nach selbstgestaltendem Leben.

Zum Beispiel in unseren Schulen: Warum haben wir es nur soweit kommen lassen im Streit um die Gesamtschule, daß die Bedürfnisse unserer Kinder, ihre Erwartungen und Wünsche zu verschwinden drohen in der abgehobenen Sprache der Experten? Ist uns nicht unter unseren Händen entglitten, was doch die Inhalte der Bildungsreform sein sollten: Mehr soziale Gerechtigkeit zu erzielen und Chancengleichheit zu verwirklichen? Darauf müssen wir uns rückbesinnen.

Haben wir uns nicht verstrickt in einen formalisierten Streit um die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen? Elementar ist doch die Frage: Was sollen unsere Kinder lernen? Hierarchisierte Curricula, Schülern und Lehrern von oben aufgepfropft, versteinern doch nur das Sich-Auseinandersetzen mit den Werten unserer Kultur, das Sich-Aneignen und -Verändern. Oder: Schule und Leben füreinander zu öffnen, die Trennung von beruflicher und allgemeiner Bildung zu überwinden, das war der Ansatz der Reformpädagogik, und das wurde wieder aufgenommen in die Debatte um die Gesamtschule.

Ist nicht zu viel davon hängengeblieben im Gestrüpp der letzten Jahre? Anknüpfungspunkte für die Erneuerung unserer Demokratie gibt es gewiß viele, gerade in der Schulpolitik.

Setzen wir doch endlich die Schule frei von bürokratischer Fesselung durch die Kultusministerien. Eltern, Lehrer und Schüler könnten an der eigenen Schule ihr eigenes Lernen selbst in die Hand nehmen. Bisher stecken sie in einem schnürenden Korsett, das die pädagogische Verantwortung austrocknet. So könnte Demokratie praktisch erfahrbar werden: Durch Einbeziehen von Eltern, Schülern und Lehrern im unmittelbar sie betreffenden Bereich. Deshalb wollen wir die menschliche Schule, weil sie die Schüler, die Lehrer und die Eltern ernst nimmt.

Für Sozialdemokraten muß gelten: Eine Schule kann nicht menschlich sein, wenn sie Schüler nach sozialer Herkunft oder Begabung sortiert. Die Auffassung, daß leistungsorientiertes Lernen nur unter Druck möglicher Auslese zustandekommen kann, gehört zu den Mythen konservativer Pädagogik und Bildungspolitik.

Mit "Ruhe, Ordnung, Sauberkeit, Befehl und Gehorsam" ist das nicht zu kanalisieren, was da aufgebrochen ist. Das ist die Illusion der Konservativen. Leistung und Erfolg stelle sich ein, wenn nur Ruhe im Lande herrsche. In Wahrheit hat das zu einem leisen Verlust an doch so fest und sicher geglaubte Werte geführt.

Wollen wir nicht am Ende vor den Ruinen der Ziele der Aufklärung - Mündigkeit und Emanzipation - stehen, dann müssen wir bereit sein zum Dazulernen. Gerade in der Bildungspolitik gäbe es vieles, womit wir beginnen könnten. (-/1.12.1980/ks/ca)

+ + +



### Verkehrspolitik ist nicht Selbstzweck

---

Bemerkungen zu den verkehrspolitischen Passagen der Regierungserklärung

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in seiner Regierungserklärung vom 24. November 1980 die für die Verkehrspolitik vorrangigen Themen angesprochen. Die wirtschaftliche Situation der Bundesbahn bedarf weiter der Besserung, die Kooperation mit den übrigen Verkehrsträgern ist zu verstärken, vor allem der kombinierte Verkehr ist hierbei ein wichtiges Instrument. Neben den ökonomischen Fragen hat Bundeskanzler Helmut Schmidt dankenswerterweise den ökologischen Fragen eine ebenso hohe Bedeutung eingeräumt.

In einer schwieriger gewordenen wirtschafts- und finanzpolitischen Lage kommt unserer Verkehrspolitik eine erhöhte Bedeutung zu. Hauptaufgabe dieser Verkehrspolitik ist es, die Verkehrsbedürfnisse unserer Bürger wie auch der Wirtschaft angemessen zu befriedigen. Eine Begrenzung erfährt diese Zielsetzung durch die verfügbaren finanziellen Mittel. Verkehr ist nicht Selbstzweck, er hat vielmehr übergeordneten staatlichen Zielen, die von der Wirtschafts- und Energiepolitik, der Raumordnungs- und der Umweltpolitik ebenso wie von der Sozialpolitik gesetzt werden, zu dienen. Deshalb sind die Auswirkungen sämtlicher verkehrspolitischer Maßnahmen auf diese Bereiche von besonderer Bedeutung.

Die aktuelle Situation erfordert, daß Effizienz und Rentabilität von Verkehrsinvestitionen gegenüber früher eine stärkere Gewichtung erfahren. Ebenso nehmen Energieersparnis, Umwelt- und Landschaftsschutz eine zunehmend wichtige Rolle in der Verkehrsplanung ein. Das heißt, die Bürger müssen mehr als bisher und möglichst frühzeitig in die Planungen einbezogen werden. Nicht nur im Straßenbau gilt in Zukunft noch stärker: Qualität geht vor Quantität, Ausbau im Netz geht vor Ausbau des Netzes, dies gilt für alle Verkehrsinvestitionen.

Die Deutsche Bundesbahn ist und bleibt unser Sorgenkind. Die jüngste Entwicklung hat aber gezeigt, daß die Bahn nicht nur das Rückgrat unseres Verkehrssystems ist, sondern daß sie einen bedeutsamen Aufschwung nehmen wird. Gerade vor dem Hintergrund der





energiepolitischen Situation ist dies von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Diese Beurteilung kann aber nicht dazu führen, daß die Bemühungen um eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Bahn nachlassen. Nur eine rationell arbeitende, primär an der Qualität der Verkehrsleistungen orientierte Bahn wird die Rolle in Zukunft übernehmen können, die wir von ihr erwarten. Hier sehen wir denn auch keine Diskrepanz zwischen den Forderungen nach Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Ausschöpfung der Rationalisierungsmöglichkeiten einerseits sowie der Forderung nach Ausbau andererseits.

Die Bahn wird, dies zeichnet sich bereits heute ab, einen weiteren Aufschwung vor allem aufgrund der Situation im Energiesektor nehmen. In Kooperation mit den anderen Verkehrsträgern und durch die Verstärkung der Anstrengungen im kombinierten Verkehr kann dieser Aufschwung weiter gefördert werden. Damit wird auch hier ein Beitrag geleistet, unsere Energierechnung zu entlasten.

Überhaupt gewinnt nicht nur die Bahn als öffentliches Verkehrsmittel zunehmend an Bedeutung, sondern vor allem der öffentliche Personennahverkehr. Es ist nicht zu verkennen, daß auf die Verkehrsunternehmen durch den Subventionsabbau - die Gasölbetriebsbeihilfe soll gestaffelt abgeschafft werden - Belastungen zukommen. Andererseits haben die Unternehmen die Chance, durch höhere Einnahmen aufgrund eines zu erwartenden höheren Fahrgastaufkommens diese Belastungen auf der Einnahmeseite zu mildern. Dies sollte bei der Tariffortbildung von den Verkehrsbetrieben mit berücksichtigt werden. Andererseits bedeutet der Subventionsabbau eine Verstärkung der Investitionen, langfristig vor allem eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs. Allerdings führt der Subventionsabbau zugunsten der Investitionshilfen zu Verschiebungen: Mittel, die bisher bei den Verkehrsbetrieben vor allem in der Fläche als Einnahme verbucht wurden, gehen jetzt in wesentlich stärkerem Maße in die Ballungsräume für deren Investitionsmaßnahmen. Hier werden wir uns dafür einsetzen, daß diese Verschiebungen zu Lasten der Fläche durch geeignete Maßnahmen zumindest neutralisiert werden. Der öffentliche Nahverkehr ist darüber hinaus weiter förderungswürdig, nicht nur in den Ballungsräumen, sondern vor allem auch in der Fläche. Wir erwarten, daß dies in entsprechender Weise bei der Mittelzuweisung berücksichtigt wird. (-/1.12.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

